

Beim G20-Gipfel in Hamburg spielt Afrika eine gewichtige Rolle auf der Tagesordnung, auch wenn nur Südafrika teilnimmt. Es geht um den »Marshallplan mit Afrika« und um den »Compact with Africa«. Beide sollen Investitionen und Entwicklung in Afrika voranbringen. Kenias Jugend vertraut eher auf sich als auf Konzepte von außen.



Kreativ: Wynn Kendi zelebriert Chinesischen Tanz auf dem Campus der Universität Nairobi in Kenia.

Foto: Imago/Xinhua Afrika

# Kenias Jugend startet durch

Die mit Abstand am besten ausgebildete Generation will das Land verändern und zukunftsfähig machen. Von Anja Bengelstorff, Nairobi

Würdest du einen Kriminellen mit dem Tod bestrafen, wenn du die Chance dazu hättest? Diese grundlegende und unbequeme Frage stellt eine kenianische Mini-Serie, die sich an ein junges Internet-Publikum richtet und zuerst online auf Facebook ausgestrahlt wurde. »Tuko Macho« (Kiswaheli für »Wir halten Wacht«) erzählt die Geschichte einer Gruppe selbsternannter Ordnungshüter in der kenianischen Hauptstadt Nairobi, deren hohe Kriminalitätsrate einschließlich Raubs (robbery) ihr den wenig schmeichelhaften Spitznamen »Nairobi« eingebracht hat. Desillusioniert von der Unfähigkeit des Staates, die Kriminalität in ihrer Stadt wirksam zu bekämpfen, nimmt die Gruppe das Recht nicht nur in ihre eigenen Hände, sondern legt es zugleich in die Hände der Internet-Öffentlichkeit.

»Tuko Macho« ist fiktional und doch schmerzhaft nah an der Lebenswirklichkeit der Menschen in Nairobi. Korruption, Straflosigkeit, Betrug – Alltag in Kenia, an dem man verzweifeln kann. »Die Beispiele sind aus der Realität gegriffen«, sagt der 34-jährige Künstler Jim Chuchu, der die Idee für die Produktion hatte. »Uns als Machern fehlt ein Dialog in der Gesellschaft über die wirklich wichtigen Dinge. Deshalb haben wir »Tuko Macho« gedreht. Auf Facebook ist dann auch die Diskussion entstanden, die wir uns erhofft hatten.«

Die Serie ist aus der Perspektive der Jugend erzählt – »dafür wurden wir kritisiert«, so Chuchu. Denn im stark hierarchischen Kenia entscheidet die ältere Generation. Widerspruch oder allein eine abweichende Meinung werden schnell als Arroganz und Respektlosigkeit missbilligt – Autoritäten sind nicht in Frage zu stellen. Es sei schon seltsam, wundert sich Chuchu, zu dieser großen Gruppe von Menschen in seinem Land zu gehören und gleichzeitig so ignoriert zu werden. »Dabei sind es die jungen Leute, die Kenia in Ordnung bringen werden. Oder an die Wand fahren.«

Gelegenheit, ihr Land in die eine oder die andere Richtung zu lenken,

bietet sich im nächsten Monat: Am 8. August wählt Kenia neue Abgeordnete, vom lokalen Parlament bis zum Präsidenten. 78 Prozent der Kenianer sind unter 35 Jahre alt. Jedes Jahr wächst das Land um eine Million Menschen, heute sind es etwa 44 Millionen. Die Hälfte der 19 Millionen registrierten Wähler ist unter 30. Noch bei den vergangenen Wahlen 2013 machten Abstimmende zwischen 18 und 29 Jahren nur 20 Prozent aus. Kenias Jugend hätte inzwischen also ausreichend Stimmen für einen gesellschaftlichen Wandel, der ihnen Jobs sowie eine gerechtere Verteilung von und Zugang zu Ressourcen in Aussicht stellen könnte.

Sie ist die mit Abstand am besten ausgebildete Generation, die das Land je hatte. Doch jeder fünfte junge Mensch in Kenia ist arbeitslos; jedes Jahr strömen eine halbe Million neuer Arbeitssuchender auf den Markt. Ein Universitätsabschluss hatte der Elterngeneration noch eine si-

chere Anstellung garantiert – heute beschwert sich die Wirtschaft, die Absolventen hätten keine passenden Qualifikationen. Deutschlands Berufsausbildungsmodell kommt zunehmend als Blaupause ins Gespräch. Die Bundesregierung plant in Kooperation mit der kenianischen Regierung sogar eine Fachhochschule nach deutschem Vorbild, um die Ausbildung von Technikern zu fördern.

»Die Jugend und die ältere Generation sehen die Welt mit ganz anderen Augen«, sagt Brian Njagi. »Wir sind optimistischer, was unsere Fähigkeiten betrifft, wir glauben, dass wir es schaffen können, auch wenn man uns das Gegenteil erzählt.« Der 23-Jährige arbeitet in Nairobi in einer führenden Werbeagentur. Jenseits der Agentur schreibt er Gedichte, hat monatlich Auftritte mit einer Theatergruppe und choreographiert Theaterfestivals für Gymnasien. In spätestens zwei Jahren will er sich als

Autor, Schauspieler und Choreograph selbstständig machen. Dafür spart er, sammelt Arbeitserfahrung und Kontakte. Seiner Ansicht nach würden Eltern ihre Kinder in traditionellen Berufe drängen, »die im Industriezeitalter funktioniert haben, aber sie funktionieren nicht im digitalen Zeitalter. Die digitale Technologie hat Dinge für uns schneller und einfacher gemacht. Unsere Eltern verstehen nicht wirklich, was wir machen, dass man zum Beispiel ein Auskommen haben kann, wenn man den ganzen Tag online ist.« Doch gibt Njagi zu, dass die Aussichten für junge Leute, die sich kein Smartphone leisten können, weit weniger rosig sind.

Natasha Kimani, 30, ist Juristin und Expertin in guter Regierungsführung. Sie berät die mit der neuen föderalen Verfassung von 2010 in Kenia geschaffenen Bezirke bei der Umsetzung der Verfassung in Gesetze und Richtlinien. Dadurch verbringt sie Wochen im ländlichen Kenia und

kennt die Situation junger Menschen jenseits urbaner Zentren. »Ich glaube nicht, dass Bildung das Problem ist«, sagt sie. »Es wird jungen Leuten zu schwer gemacht, sich selbstständig zu machen.« Sie kenne viele, die gar keine Anstellung suchten, sondern ihr eigenes kleines Unternehmen gründen wollten. »Ich hätte erwartet, dass die Bezirksregierungen hier Unterstützung leisten. Außerdem sieht die Verfassung den Jugendfonds vor, durch den junge Gründer Starthilfe erhalten. Stattdessen gründet eine ältere Person ein Unternehmen mit dem Namen einer jungen Person, die auf den Jugendfonds Anspruch hat. So sieht es aus, als würde der Jugend geholfen, aber stattdessen gibt die nur ihren Namen her für ein bisschen Geld. Was soll sie machen: Sie braucht Geld.«

Natasha Kimani und ihre Freunde verbringen einen Teil ihrer Freizeit damit, mit jungen Leuten die neue, progressive Verfassung Kenias zu diskutieren. Sie organisieren die Treffen in ihrem Bezirk Kajiado, der an Nairobi grenzt, auf eigene Kosten. »Eines Abends saßen wir zusammen, waren schon etwas beschwipst und erklärten: »Hey, wir müssen Kajiado retten!«, lacht sie. Dann wird sie ernst. »Wir brauchen eine junge Generation, die politisch aufgeklärt ist. Die jungen Leute wissen sehr wenig über die Rollen der neuen lokalen Abgeordneten und welche Rechte ihnen die föderale Ordnung verschafft.« Die Gruppe hat eine App zum leichteren Verständnis der Verfassung entwickelt, die noch vor der Wahl kostenlos verfügbar sein soll.

Im Gegensatz zur Generation ihrer Eltern ist jungen Kenianern ihr ethnischer Hintergrund viel weniger wichtig. Dies bestätigt eine Studie der Aga-Khan-Universität in Kenia aus dem vergangenen Jahr. Demnach definierten sich 40 Prozent zuerst als Kenianerinnen und Kenianer. Das macht Hoffnung in einem Land, in dem noch immer nach ethnischer Zugehörigkeit und weniger nach Qualifikation eines Bewerbers gewählt wird.

Kenianische Eltern strömen seit Jahrzehnten auf der Suche nach Ar-

Sie ist die mit Abstand am besten ausgebildete Generation, die das Land je hatte. Doch jeder fünfte junge Mensch in Kenia ist arbeitslos; jedes Jahr strömt eine halbe Million neuer Arbeitssuchender auf den Markt.



Technologieaffin: Mit Start-ups suchen kenianische Akademiker\*innen ihre Chance

Foto: Reuters/Thomas Mukoy



Boniface Mwangi, Sohn einer Straßenhändlerin, kandidiert für das Parlament und will dort als Stimme des Volkes reüssieren. Bei einer Demonstration im Mai gegen die Parlamentarier, die sich eine erneute Diätenerhöhung gönnen wollen, obwohl sie mit über 11 000 Euro im Monat selbst weltweit auf den Spitzenrängen liegen, wurde Mwangi verhaftet.

Fotos: Armstrong Studios; AFP/Carl de Souza

beit in urbane und damit multikulturelle Zentren, wo ihre Kinder mit einer loseren Verbindung zu ihren ethnischen Wurzeln und Überzeugungen aufwachsen. Immer weniger junge Leute in den Städten, vor allem jedoch solche mit höherer Bildung und Zugang zu sozialen Medien, lassen sich von der ethnisch diskriminierenden Propaganda von Politikern, die das Wahlvolk manipulieren soll, beeindrucken.

»Uns ist klar geworden: Wenn wir etwas verändern wollen, müssen wir es selbst tun«, sagt Brian Njagi. Aktivist Boniface Mwangi, 34, hat die vergangenen neun Jahre damit verbracht, in medienwirksamen Aktionen Korruption, Straflosigkeit und soziale Ungerechtigkeit im Land an-

zuprangern, und damit mehr als nur ein paar hochrangige Politiker in der Rage versetzt. Nun kandidiert der Sohn einer Straßenhändlerin selbst für dieses Parlament. »Ich war es leid, dass mir niemand zuhört, dass bei uns Diebe im Parlament sitzen«, begründet er seinen Schritt. »Also muss ich dort die Stimme des Volkes sein.«

Boniface Mwangi hat die Öffentlichkeit zu Spenden für seine Wahlkampagne aufgerufen. Das erscheint auf den ersten Blick wahnwitzig: Kenianische Wähler sind es gewohnt, dass Anwärter in Luxusautos bei ihnen auftauchen und Geld verteilen, damit sie das Kreuz hinter den Namen des Gebers setzen. Das ist zwar verboten, aber weit verbreitet. Boni-

face Mwangi läuft zu Fuß durch seinen Wahlbezirk Starehe in der Hauptstadt Nairobi, springt über stinkende Abwässer des Ngara-Markts und schüttelt die Hände von Motorradtaxi-Fahrern, die an einem Kreisverkehr auf Kundschaft warten. Statt Geld überreicht er Flyer mit seinem Wahlprogramm. Statt ethnischer Parolen fragt er die Verkäufer von Second-Hand-Schuhen nach ihren Problemen. »Ich werde ihn wählen«, sagt Daniel Mutisya, 39, einer der Schuhverkäufer. »Boniface versteht unsere Probleme, denn er war selbst mal Straßenhändler. Ich fühle mich von ihm repräsentiert.« Wenn andere Politiker Geld verteilen, hat er kein Problem damit, es anzunehmen. »Klar nehme ich das Geld, aber ich

folge ihnen nicht. Ich wähle, wen ich für richtig halte.«

Doch zunehmend wollen junge Menschen in Kenia nicht nur wählen, sondern auch mitentscheiden, so wie Boniface Mwangi. Seit Monaten begeistern sich die kenianischen Medien für die jugendlichen Aspiranten, von denen manche auf Fahrrädern und mit handgemalten Wahlplakaten über die Dörfer ziehen. Der erwähnten Studie zufolge glauben 70 Prozent der befragten jungen Kenianer, sie hätten die Fähigkeit, gesellschaftlich Einfluss zu nehmen.

»Wir sind mit Boniface auf die Straße gegangen, wir haben ihn Korruption bekämpfen sehen«, erklärt Brian Njagi. »Ich wähle lieber jemanden, der in der formalen Politik unerfahren ist,

statt jemanden, der seit zehn Jahren Abgeordneter ist und rein gar nichts erreicht hat. Er mag Erfahrung haben, aber welche Art Erfahrung ist das? Boniface muss uns als Wähler anhören, schließlich haben wir seinen Wahlkampf finanziert.«

»Ob Boniface gewinnt oder nicht, er wird ein Zeichen gesetzt haben«, sagt Natasha Kimani. »Bei der nächsten Wahl kann es dann schon ganz anders aussehen.« Bei einem Grillabend haben sie und ihre Freunde 500 Euro für Mwangis Kampagne gesammelt. »Ich würde Boniface eine Chance geben«, sagt auch Brian Njagi. »Wenn er in fünf Jahren nicht das erreicht hat, wofür wir ihn gewählt haben, ersetzen wir ihn mit jemand anderem.«

## Entwicklungspolitik aus keinem Guss

Der Marshallplan für Afrika heißt inzwischen »mit Afrika«, lässt zentrale Weichenstellungen dennoch außen vor. Von Martin Ling

Die Botschaft der wachsenden Relevanz und Wirkmächtigkeit Afrikas ist bei der deutschen Bundesregierung angekommen. Nicht nur das Entwicklungsministerium, sondern auch Kanzleramt, Finanz- und Wirtschaftsministerium haben vor dem G20-Gipfel Afrika-Konzeptpapiere vorgelegt. Die umfassendste Vorstellung einer Neugestaltung der Beziehungen kommt aus dem Hause von Gerd Müller: »Wir brauchen einen Paradigmenwechsel und müssen begreifen, dass Afrika nicht der Kontinent billiger Ressourcen ist, sondern die Menschen dort Infrastruktur und Zukunft benötigen«, wird der Entwicklungsminister am Anfang des 34-seitigen Strategiepapiers »Afrika und Europa – Neue Partnerschaft für Entwicklung, Frieden und Zukunft – Eckpunkte für einen Marshallplan mit Afrika« zitiert.

Den zehn allgemeinen Thesen des Marshallplans lässt sich schwerlich widersprechen: z. B. Afrika braucht afrikanische Lösungen, Vorfahrt für Jobs und Chancen für die Jugend, Investitionen für unternehmerische Entfaltung, Wertschöpfung statt Ausbeutung, ein gerechter globaler Ordnungsrahmen und last but not least wir lassen niemanden zurück.

Die zehn Thesen werden durchaus mit Inhalt unterfüttert, auch an den drei Säulen, auf denen der Marshallplan fußen soll, ist nichts auszusetzen: Wirtschaft, Handel und Beschäftigung; Frieden, Sicherheit und Stabilität sowie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Als Fundament der drei Säulen wurden sinnvolle Schwerpunktbereiche ausgewählt: Ernährung und Landwirtschaft, Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen, Energie und Infrastruktur sowie Gesundheit, Bildung und soziale Sicherung.

Das Konzept kreist um »die wichtigste Frage, auf die ein Marshallplan Antworten geben muss, ist: Wie entstehen jedes Jahr 20 Millionen neue Jobs, um der Jugend eine Perspektive zu bieten, ohne dabei die Umwelt zu zerstören?«

Warum jedoch bei der Suche nach einer Antwort die Economic Partnership Agreements (EPAs) ausgespart bleiben, ist nicht nachvollziehbar. Kein einziges Mal befindet sich das Wort EPAs auf den 34 Seiten – die derzeit von der Europäischen Union mit den Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifiks (AKP) in Aushandlung befindlichen Wirtschaftspartnerschaftsabkommen. Die EPAs treten an die Stelle des 2020 auslaufenden Abkommens von Cotonou, in dem der Rahmen für die Entwicklung der EU-AKP-Beziehungen festgelegt wurde. Schon das Cotonou-Abkommen scheiterte wie seine Vorgänger – die 1975 geschlossenen vier Lomé-Abkommen – eklatant an dem selbst gesteckten Anspruch, die kolonialen Abhängigkeiten durch eine neue gleichberechtigte Entwicklungspartnerschaft zu ersetzen. Für die EPAs, die eine Abkehr von den

bisherigen asymmetrischen Präferenzabkommen hin zu tendenziell symmetrischen Freihandelsabkommen bedeuten, gilt das mehr denn je. »Freihandel zwischen Ungleichen reproduziert Ungleichheit«, sagt Gyekye Tanoh vom African Trade Network in Ghana. »80 Prozent des Handels zwischen EU und Westafrika sollen liberalisiert werden, einschließlich von Kernsektoren. Afrika wird als Markt für die EU erschlossen«, ist sich der Ghanaer sicher. »Kein afrikanisches Land, nicht mal Südafrika, kann im Wettbewerb mit Deutschland zum Beispiel beim Sektor der Finanzdienstleistungen mithalten«, ist seine düstere Prognose. »Das einzige, was zugunsten der EPAs spräche: Importe werden billiger, aber um den Preis, das afrikanische Produzenten vom Markt verdrängt werden.«

Ganz anders liest sich die handelspolitische Marschroute im Mar-

shallplan: »Stopp von schädlichen Exporten nach Afrika; vom Freihandel zum fairen Handel, Förderung wirtschaftlicher Strukturen und gezielter Aufbau von Wertschöpfung vor Ort«. Trotzdem wird über die EPAs geschwiegen. »Wer nicht will, der wird schon«: So lässt sich die Verhandlungsstrategie der EU bei den EPAs beschreiben. Beispiel ECOWAS, die Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikas. Ihr gehört das ölreiche Nigeria an und es sagt »Nein« zum EPA, weil es sich nicht ewig als Rohstofflieferant in der Weltwirtschaftsordnung festschreiben lassen will. Nigeria verfolgt eine Industrialisierungsstrategie und wirbt um ausländische Investitionen. Statt sich mit Abuja am Verhandlungstisch gültlich zu einigen, schloss die EU »Interims«-Abkommen mit einigen Ländern, darunter den deutschen »Compact«-Partnern Ghana und Côte d'Ivoire. Die beiden

gehören mit Tunesien zu den gerade unter Finanzminister Wolfgang Schäubles Ägide ausgesuchten Partnerländern Deutschlands im Rahmen des »Compact with Africa«. Sie sollen als Belohnung für ihre Reformbereitschaft Hilfe bei der Förderung von privaten Investitionen erhalten. Gegen renitente Länder wie Nigeria wird mit den »Interims«-Abkommen jedoch seitens der EU ein Keil in regionale Wirtschaftsbindnisse getrieben, mit denen sich die AKP-Staaten selbst helfen wollen.

Nach wie vor ist Afrika vor allem Rohstofflieferant und das, seit die Weltwirtschaftsordnung in Kolonialzeiten festgezurrt wurde. Dem Globalen Süden Raum für Wertschöpfungsketten zuzugestehen, was die Stufen vom Ausgangsmaterial bis zum Endprodukt beschreibt, wobei generell die Wertschöpfung mit dem Verarbeitungsgrad steigt, ist die handelspolitische *conditio sine qua non* für nachholende Entwicklung.

Müllers Anspruch folgt dem: »Mit höheren Standards und Löhnen schaffen wir mit der deutschen Entwicklungspolitik Perspektiven für die Menschen vor Ort. Wollen wir hier erfolgreich sein, brauchen wir auch mehr Weiterverarbeitung im Land, die dafür nötige Ausbildung der Jugend und den konsequenten Abbau von Handelsbarrieren der EU. Das ist moderne Zukunftspolitik mit Afrika.« Die Realität folgt dem nicht, was selbst in der Ist-Analyse des Marshallplans nicht verschwiegen wird: »Gleichzeitig hat Europa über Jahrzehnte seine Afrikapolitik häufig an kurzfristigen Wirtschafts- und Handelsinteressen ausgerichtet. Es fehlte an einer konsequenten und zielgerichteten Politik aus einem Guss und an der hierfür erforderlichen Struktur zur Umsetzung.« Allein die Tatsache, dass aus den Reihen der Bundesregierung vier Afrikapapiere ohne kohärente Abstimmung vorgelegt wurden, zeigt, dass sich daran noch nichts geändert hat. Viel spricht dafür, dass der Marshallplan als weiterer Papiertiger endet.



»80 Prozent des Handels zwischen EU und Westafrika sollen liberalisiert werden, einschließlich von Kernsektoren. Afrika wird als Markt für die EU erschlossen.«

Gyekye Tanoh, African Trade Network



Kenianische Jugendliche auf dem Schulweg entlang einer stillgelegten Bahnstrecke in Kibera. Foto: AFP/Natalia Jidovanu